

nicht angeht dieser letzten abermaligen Aufwärtsbewegung der Aktien der allgemeinen Lebenshaltung von beiden Parteien eine gewisse Entfaltung über. Darüber, daß die künftige Lohn- und Preisgestaltung auch fernher durch die Preisentwicklung bedingt sein wird, kann kein Zweifel obwalten, und wenn die Markt wieder einen Fortschritt beginnen sollte, so müßte man der Hoffnung auf eine Stabilisierung der Löhne und Preise übermäßig vorsichtig sein. Vorläufig aber handelt es sich nur darum, ob ein so verhältnismäßig geringes Mehr der Wertminderung der Lebenshaltung, wie es der März aufweist und wie es wohl noch als Auswirkung der hohen Löhne, sowie der Verkehrs-, Gas- und Elektrizitätspreise zu betrachten sein dürfte, schon den Anlaß geben soll, um alles wieder umzuwenden, was eben erst mühsam erzwungen worden ist. In den Blättern verschiedenster Richtungen wurden eindringliche Mahnungen an beide Parteien laut, alles zu tun, was anging, um diese Klippe zu umschiffen. Die Arbeitnehmer haben die unabwiesbare Pflicht, sich in ihren Ansprüchen auf das Äußerste zu beschränken. Tun sie das, so wird zu prüfen sein, ob nicht auch auf Seiten der Warenhersteller und Warenvertrieber die Möglichkeit vorliegt, etwas zur Verminderung einer Entwertung beizutragen, die uns mit einem Schlag wieder in das alte Elend der sich endlos drehenden Preisspirale hineinverwirren würde. Die Frage, die es hier zu lösen gilt, geht dahin, ob die Erzeuger und Vertrieber der Waren in der Lage sind, einen derartigen im geringsten Umfange gehaltenen Lohnzuschlag zu zahlen, ohne ihn auf die Preise voll auswirken zu lassen. Es seien hier die Neuerungen zweier Blätter von verschiedener parteipolitischer Richtung wiedergegeben, die sich übereinstimmend in dem Sinne ausdrücken, daß ein solches Verfahren mit der Wirtschaftlichkeit vereinbar sei. Im Handelsblatt des Berliner Tageblattes wird folgendes ausgeführt: Das Verbraucherinteresse erfordert es, die Kaufkraft und Kaufkraft des Inlandmarktes zu heben. Es wird Sache der Erzeuger sein müssen, auch ihrerseits und in ihrem eigenen Interesse den inländischen Abzug zu heben. Die Erzeugerschaft sollte dazu ohne weiteres in der Lage sein, da sie bei Beibehaltung des kalkulationspolitischen der Preisbestimmung die Preise verbilligen könnte, ohne die Rentabilität genügenden Gewinnes damit auszulassen. Schärfe Kalkulation im In- und Ausland ist die Forderung. Auch die teilweise sehr hohen Sätze für allgemeine Zinsen und Unkosten können herabgesetzt werden, ohne die normalen Gewinnmöglichkeiten zu gefährden. Ferner heißt es in einem Artikel der Kölnischen Zeitung: Es ist nicht zu bestreiten und wird übrigens ernstlich auch kaum bestritten, daß die letzten Jahre fast ununterbrochener Wertminderung die deutsche Produktion der Sorge um den Absatz ihrer Erzeugnisse im weitestestmöglichen Maße. Für eine streng rationale und sparsame Betriebsführung hat die Nachkriegszeit ebenso wenig Anreiz und Notwendigkeit mit sich gebracht, wie für eine peinlich genaue Preispolitik. Der vor einigen Wochen eingetretene radikale Wertschwund hat auch hier Wandel gebracht. Unter dem Eindruck der Verhältnisse bekümmern sich Industrielle und Kaufleute, daß sie schon mehr als einmal nur dank überlegener Technik und Wirtschaftlichkeit das Nennen im Wirtschaftskampf gemacht haben. Die betriebswirtschaftliche und kalkulationspolitische Aufgabe, auch einmal Vorkühnen zu beschreiben, die in der Lage sind, solche Maßnahmen vorüberhand überhaupt in Frage vorzunehmen, ohne die nach abgedroschenem Schema auf die Preise zu schlagen, dürfte für den deutschen Wirtschaftler nicht unlösbar sein. Mängel erst hat der Rohlenbergbau gezeigt, wie man die Preise bei gleichbleibenden Löhnen herabsetzen kann. Probleme dieser Art werden sich der deutschen Wirtschaft wohl noch stellen.

Es bleibt abzuwarten, wie weit beide Parteien diesen Überlegungen zu entsprechen geneigt sind. Die Arbeitnehmer haben ihre Vereinbarkeit zum Entgegenkommen dadurch bewiesen, daß sie auf Lohn- und Gehaltssteigerungen für April ganz verzichteten. Sollte sich aber demnächst doch die Notwendigkeit herausstellen, wieder eine Lohnsteigerung geringen Ausmaßes vorzunehmen, so würde es Sache der Warenhersteller und Warenvertrieber sein, die Kalkulation ihrer Preise auf der angegebenen Grundlage zu vollziehen. Der Kleinhandel kommt hier überhaupt nicht in Frage, weil sich bei ihm der Druck des verminderten Absatzes so wie so bereits stark fühlbar macht, daß diese Preise schon von selbst das Äußerste tun, um dem Bedürfnis des Publikums nach Stabilisierung der Preise entgegenzukommen. Doch auch für Industrie und Großhandel kann selbstverständlich die Zustimmung, geringere Lohnsteigerungen nicht sofort in die Preise einzukalkulieren, nur in sehr beschränktem Maße Geltung haben. Es hängt letzten Endes alles davon ab, wie sich das Schicksal der Markt weiter gestaltet, und es ist daher sehr zu begrüßen, daß der hiesige Handelsminister daran erinnert hat, es könne der Reichsregierung gar nicht in den Sinn kommen, die Markt dauernd auf künstlichem Wege mittels solcher Devisenoperationen künstlich zu halten. Ein solches Vorgehen wäre von vornherein zum Mißerfolg verurteilt. Endgültig stabilisiert werden kann die Markt nur durch eine gütliche Einigung der gesamten Wirtschaftskräfte, und auf diese wird wiederum die Erleichterung der Reparationsfrage, die ja doch einmal kommen muß, von weitestestmöglicher Bedeutung sein. Solange nach dieser Richtung keine feste Entscheidung getroffen ist, befinden wir uns in einem Ueberangewandten, der jeden Augenblick wieder neue unliebsame Rückschläge herbeiführen kann auf wirtschaftlichem und finanziellem Gebiete zeitigen kann.

Rundabgebungen zum Todestage der Kaiserin
Berlin, 11. April. Am heutigen Todestage der Kaiserin Auguste Viktoria erschienen die in Vordem meißenden Mitglieder der kaiserlichen Familie früh an der Gruft. Groß war die Zahl der Männer und Frauen aller Bevölkerungsschichten, die im Laufe des Vormittags zum Anstehen Tempel, der den ganzen Tag über geöffnet war, walfahrten und Straße und Plätze niederlegten. Auch eine Anzahl von Abordnungen waren mit prächtigen Blumensträußen und Kränzen, die vielfach Widmungen trugen, erschienen.

Giesberts über seine Verhaftung durch die Franzosen.
Berlin, 11. April. Ueber seine Verhaftung hat Reichstagsabgeordneter Giesberts einem Mitarbeiter der Express-Korrespondenz eine Erklärung gegeben, in der es u. a. heißt: In Schornhorst wurden Stegerwald und ich von den revidierenden Beamten gefragt, ob wir Beweise dafür hätten, daß unsere Anwesenheit nicht als Verstoß gegen die Verhaftungsbefehle Stegerwalds hätte als Verstoß Generalsekretär der christlichen Gewerkschaften angegeben, während ich, entsprechend meiner früheren Tätigkeit, mich als Redakteur bezeichnete. Wir verweigerten, solche Beweise zu bringen, wurden aber abgeführt. Draußen fanden wir, auf den Zwischengängen stehend, Staatssekretär Gamm. Augenblicklich waren die revidierenden Beamten durch Spitzel über unsere Reise unterrichtet worden. Wir wurden in einem Pkwagen vernommen. Nach dreifachem Aufentsatz im Parksaal brachte uns ein Automobil nach Gahrup am General. Wir brachten unter Bewachung in der Wachtstube die Nacht bis zum anderen Morgen zu. Um 9 Uhr wurden wir alsdann vom General vernommen. Als Grund für unsere Verhaftung gab er rundweg an: Teilnahme an der Verdingung in Offen. Es konnten dadurch Unruhen, Aufruhr usw. entstehen. Nach längerer Verhandlung erklärte sich der General bereit, Stegerwald und mich nach Berlin zurückzuführen zu lassen, aber auf keinen Fall ins Industriegebiet, besonders nicht nach Offen. Ich hatte den Eindruck, daß man lediglich unsere Verdingung an der Verdingung in Offen verhindern wollte, und daß wir vorher durch Spitzel beobachtet worden sind.

Unsinntige Vernichtungsruuf.
Neustadt (Saar), 11. April. Die Franzosen haben die Kraftwerke der Saare und die Werke der Eisenbahndienststelle in der Dampfheizungsanlage des Bahnhofes vernichtet. (W. Z. B.)

Der Reichstag gegen die letzten französischen Gewalttaten.

„Sie morden den Geist nicht!“

Eine Erklärung des Reichstagspräsidenten.
Berlin, 11. April. Präsident Lohse eröffnete die heutige erste Sitzung des Reichstags nach den Osterferien mit folgenden Ansprache:
„Wir sind einandergekommen, haben sich in unserer kurzen Osterpause im Einbruchgebiet an der Ruhr eine Reihe neuer Uebergriffe gegen Abgeordnete des Reichstags ereignet. Die Quälereien und Plünderungen gegen die Bewohner des Ruhrgebietes sind ins Maßlose gesteigert. Der Herr Reichskanzler hat unserer Trauer und unserem Mitleidgefühl gestern an dieser Stelle in Worten Ausdruck gegeben, die im ganzen Volke ihren Widerhall gefunden haben. Selbst dem hat das französische Militär sich neue Gewalttaten zuschulden kommen lassen, ja, man hat sich nicht scheut, Hand an Abgeordnete und Regierungsvertreter zu legen, die kein anderes Ziel hatten, als den Geistlichen die letzte Ehre zu erweisen. (Lebhafte Weisung.) Ich will nicht von der Würdelosigkeit dieses Handelns sprechen, nicht von der Entwürdigung, die einzelnen ruhrender Kollegen dabei widerfahren ist. Es scheint fast, als ob der Verräter durch Demütigungen und Mißhandlungen unser Volk zur Verzweiflung zu bringen sucht.“

Aber zur Verzweiflung werden sie uns nicht bringen.
„Sie werden uns nur dazu bringen, daß der Widerstand härter wird und daß der ganze Welt ein Licht angezündet wird, wie tief eine Nation von ihren Nachbarn erniedrigt werden kann, die sich elast rühme, mit an der Spitze der Zivilisation zu stehen. Auf einem der Arme, die gestern auf dem Grabe in Offen niedergelegt wurden, stand das Dichtwort: „Sie morden den Geist nicht, ihr Brüder!“ Sie morden den Geist nicht, ihr Brüder, das ruhen wir jeden Tag den Landvolken an der Ruhr an. Das Wort bleibt geltend, bis ihre Bestrafungssünde schlägt. (Lebhafte Weisung.)“

Bei der Feststellung der Tagesordnung für die morgige Sitzung entspann sich eine lebhafte Geschäftsordnungs- und Interpellationsdebatte. Abg. Schulz-Bromberg (D. N.) verlangt möglichst baldige Behandlung der Interpellation über die Aufhebung der Deutschvölkischen Freiheitspartei. Zahlreiche Verfassungen seien vorgenommen. Es müsse endlich Klarheit geschaffen werden.

Präsident Lohse erwidert, daß die Geschäftsordnungs- mäßige Frist zur Abgabe einer Erklärung der Regierung, ob sie die Interpellation beantworten wolle oder nicht, bereits abgelaufen sei und daß noch keine Antwort der Regierung erfolgt sei.

Abg. v. Graefe (Deutschf. P.) erklärt sich mit dem Vorschlag, eventuell in einer neuen Sitzung sofort die Interpellation zu behandeln, einverstanden.

Staatssekretär Gamm weist darauf hin, daß für die Verantwortung der Interpellation der Reichsminister des Innern zuständig sei, der heute abwesend sei.

Abg. Schulz-Bromberg (D. N.) erklärt sich darauf namens der Interpellanten damit einverstanden, daß die Interpellation nicht heute, sondern an einem späteren Sitzungstage, und zwar möglichst bald, behandelt werden solle. Morgen, 2 Uhr, Etat des Ernährungsministeriums und des Verkehrsministeriums.

Die Massenvertreibung der deutschen Eisenbahner.

Ein deutscher Protest.

Trier, 11. April. Der Reichstagsabgeordnete von Trier Dr. Saaken hat dem französischen Bezirksdeputierten für den Regierungsbezirk Trier anlässlich der Massenarrestierungen von Eisenbahnbeamten in Trierstadt, Euren, Trier-St. Paulin, wodurch allein in Euren und St. Paulin über 200 Personen obdachlos geworden sind, während weiteren 500 Eisenbahnbeamten in Euren, Konz und Saarhaus ein gleiches Schicksal bevorsteht, ein Protestschreiben übersandt, in dem er gegen diese aller ästhetischen und menschlichen Moral hohnsprechenden Verbrechen, pflichttreue Beamte zum Verstoß des Vaterlandes und zum Verrat am Vaterlande zu verleiten, förmlich protestiert. (W. Z. B.)

Wegen Teilnahme an der Offener Trauerfeier entlassen.

Offen, 11. April. Auf der Anstalt, einem rein belasteten Unternehmen, sind 150 Arbeiter wegen Teilnahme an der nachträglichen Beerdigung am Osterabend Ermordeten entlassen worden. (W. Z. B.)

Der päpstliche Kunflus bei Bürgermeister Schäfer im Gefängnis.

Offen, 11. April. Der päpstliche Delegierte Mons. Tesi hat heute nach dem in Necklinhaufen in Ost befindlichen Bürgermeister Schäfer einen Besuch ab. Heute vormittag empfing er eine Abordnung aus Werben. (W. Z. B.)

Sprengung einer Eisenbahnbrücke in Buer.

Buer, 11. April. Heute früh gegen 3 Uhr wurde die Brücke am Eger-Platz, über die die militärische Strecke Necklinhaufen-Dierfeld führt, gesprengt. Sie wurde zwar nicht völlig zerstört, doch wurde erheblicher Schaden angerichtet, dessen Umfang sich noch nicht überschätzen läßt, weil die Franzosen die Stellwerke absperrten. Der Stadt Buer wurde wegen der Sprengung eine Geldbuße von 50 Millionen Mark auferlegt. Ferner wurde die Straßensperre von 8 Uhr abends bis 6 Uhr früh wieder eingeführt.

Dortens Pariser Machenschaften.

Die Sonderbündler als Stützen des Kaiserreiches.

(Eigener Drahtbericht der Dresdener Nachrichten.)
Paris, 11. April. Die „Liberte“ beschäftigt sich heute in ihrem Vortragsstück mit der Reise Dortens nach Paris. Die „Liberte“ erklärt, daß noch keine offiziellen Persönlichkeiten dorten empfangen hätten, und macht den offiziellen Persönlichkeiten hieraus einen Vorwurf. Sie erklärt, es sei dies ein eigenartlicher Standpunkt: man spreche einerseits von einem rheinischen Staat und einer rheinischen Republik, und dieser politische Gedanke genosse immer mehr an Boden. Damit wolle man aber ein unabhängiges Rheinland aufbauen, wenn nicht mit Hilfe derjenigen Männer, die sich für diese Idee eingesetzt haben. Wenn man ein unabhängiges Rheinland schaffen wolle, dürfe man nicht damit anfangen, daß man die Rheinländer vor den Kopf stoße. Die „Liberte“ gibt alsdann einen Ueberblick über die Verhältnisse Dortens und fragt schließlich: Was fehlt uns auf dem linken Rheinufer? Als Antwort: Das Recht! Die Furcht der Rheinländer vor Preußen ist größer als ihr Vertrauen zu uns. Das Ansehen Preußens im Rheinland ist größer als das unriehne. Hier sind die Wurzeln unserer Schwierigkeiten, und solche Enttäuschungen können wir immer noch mehr erleben. Wie kommt es, daß in Koblenz der französische Kommissar Tirard vom Parteien Gagefeld in den Schatten gestellt wird? Wir greifen den französischen Oberkommissar nicht an, wir möchten aber wissen, über welche Aktionsmittel er verfügt. Zur Zeit, als General Mangin im Rheinland kommandierte, hatte unsere Befragung einen anderen Zug.

Die „Entmilitarisierung“ wohl weiser.

London, 11. April. Der Pariser Berichtshatter der „Times“ meldet, daß General Spears seinen Entmilitarisierungsplan zurzeit in Paris mit den führenden Militärsachverständigen Frankreichs durchberate. Er habe gerade in militärischen Kreisen Frankreichs weitgehende Zu-

Deutsche Zurückweisung einer unerhörten Zumutung.

(Drahtmeldung unserer Berliner Korrespondenz.)
Berlin, 11. April. Antlana März war der Vizepräsident der Reichskommission der Stadt Cöchem an der Mosel von der Interalliierten Rheinlandkommission ohne besonderen ersichtlichen Grund ausgemessen worden. Von deutscher Seite anerkannte Ermittlungen behielten bald die Vermutung, daß Schmitz einem gemeinen Denunzianten zum Opfer gefallen war, dem als Französinne bekannte Werbereibsther Steinbauer aus Cöchem-Trois. Steinbauer wurde später in Kassel von der deutschen Polizei wegen Verstoßes des Landesverrats festgenommen. Seine Familie wandte sich an die Interalliierte Rheinlandkommission mit der Bitte um Schutz des Denunzianten, worauf die Rheinlandkommission dem Reichskommissar für die besetzten rheinischen Gebiete mitteilte, daß sie noch vor dem 5. April die Zurückführung des Steinbauers in das besetzte Gebiet verlange und außerdem forderte, daß Steinbauer für seine Verluste am Wechseltagegewinn und für anmaßlich bei seiner Verhaftung ihm abgenommene Gelder 20 Millionen Mark ausbezahlt würden. Diese unerhörte Zumutung hat der Reichskommissar mit einer Note vom 5. April zurückgewiesen, die unter anderem besagt, daß Pönders verrät, die sich in das besetzte Gebiet bewegen, sich nicht beklagen könnten, wenn die deutschen Besetze ohne Einschränkung gegen sie zur Anwendung kämen. Die Note schließt mit der Erklärung: Die deutsche Regierung ist nicht in der Lage, in das Verfahren einzugreifen und muß die Entscheidung des Reichsgerichts abwarten.

Der französische Schwindel von dem Unterseeboot-Motorenbau bei Benz.

Berlin, 11. April. Am Montag besichtigte auf Veranlassung des Auswärtigen Amtes eine Kommission der interalliierten nautischen Kontrollkommission, die unter Führung eines Italieneres stand und der noch ein Engländer und ein Franzose angehört, die Motorenwerke A. G. vorm. Benz. Die Kommission stellte nach amtlich beglaubigter Untersuchung fest, daß keine Unterseeboot-Motoren in dem Werke herzustellen werden.

Der deutsche Richterbund gegen die französischen Gewaltsprüche.

Berlin, 11. April. Der Deutsche Richterbund erläßt folgende Kundgebung: Französische Behörden, die sich Gewalttaten nennen, sollen fortgesetzt über friedliche Deutsche in Deutschland Gewaltsprüche, deren barbarische Strafen oft mehr an asiatischen, denn an europäischen Maßstab gemahnen. Die Verfehlungen der Beurteilten betreffen einseitig in der Richtersprechung von Zumutungen, die von ihnen als deutschen Staatsbürgern nur unter trafen Völkerverhältnissen verlangt werden konnten. Richter müssen stets Richter bleiben, und nach Recht und Gerechtigkeit urteilen. Wir rufen die rechtlich Denkenden aller Völker, insbesondere die Richter aller Staaten, auf: Weht mit uns der Empörung über die Schändung, die mit dem Namen Recht, Richter und Gerechtigkeit getrieben wird, lauten Ausdruck! (W. Z. B.)

Prinz zur Lippe vor dem französischen Kriegsgericht.

Düsseldorf, 11. April. Vor dem Verurteilungsgericht in Düsseldorf fand die Verhandlung gegen den Prinzen zur Lippe statt, der zu 10 Millionen Mark Geldstrafe verurteilt worden war, weil man einen Totschlager bei ihm gefunden hatte. Nach Bezahlung der Geldstrafe wurde ihm französischerseits eröffnet, daß er noch in Haft bleiben müsse. Er wurde dann vom Militärgericht zu Werben zu acht Monaten Gefängnis verurteilt. Die neue Anklage lautete auf Störung der öffentlichen Ordnung, weil der Prinz sich bei seiner Bestrafung geweigert haben soll, seinen Pakt herauszugeben und seinen Namen zu nennen. Auch soll er versucht haben, auszuweichen. Wegen des Urteils legte der Prinz Berufung ein. In der erneuten Verhandlung vor dem Berufungsgericht in Düsseldorf wurde ein Zivilist vernommen, der den Prinzen in der französischen Nacht nach dem Pakt gefragt hatte und dessen Glaubwürdigkeit in der Berufungsverhandlung von der deutschen Verteidigung angezweifelt wurde. Nach einer heftigen Auseinandersetzung zwischen der Verteidigung und dem Vertreter der Anklage wurde die Vertagung beschlossen. (W. Z. B.)

Ein Dokument von unserer Zeiten Schande.

Berlin, 11. April. Die Reichsregierung veröffentlicht die Liste der von den Franzosen im Ruhrgebiet vom 15. Januar bis 8. April d. J. Ermordeten Deutschen. Die Liste verzeichnet 48 Todesopfer. Unter den wichtigsten Erschossenen befinden sich 3 Beamte, 3 Arbeiter, Angehörige und Familien, ein Auswärtiger, ein Kreis von 70 Jahren, ein 16jähriger Lehrling, ein 14jähriges Mädchen und ein 5jähriger Knabe.

Zwei Jahre Gefängnis und fünf Millionen Mark Geldstrafe für ein verweigertes Brauebad.

Essen, 10. April. Der Belgische der Stadt Essen, Lutz, der Ende Januar das Brauebad einer Schule in Röllinghausen den Franzosen zwecks Benutzung verweigert hatte, da die Einrichtung des Bades für die Schullinder bestimmt sei, hatte sich deswegen vor dem französischen Kriegsgericht in Werben zu verantworten, das ihn zu 2 Jahren Gefängnis und 5 Millionen Mark Geldstrafe verurteilte. Lutz wird gegen dieses Urteil Berufung einlegen. (W. Z. B.)

Stimmung gefunden, da man dort der Möglichkeit einer zeitlich unabsehbaren Befreiung deutschen Gebietes mit großen Bedenken gegenüberstehe. Der englische Plan halte unter allen Umständen an dem Gesichtspunkte fest, daß die Souveränität und die Wirtschaftlichkeit Deutschlands nicht beeinträchtigt werden dürfen.

Neue Gewalt auf deutsche Friedfertigkeit.

Der Reichstag französischer Behälter nach Dr. Cuno's Trauerrede.

Paris, 11. April. Die Stelle der Rede Cuno's, in der betont wird, daß Deutschland bereit sei, sich in freier Verhandlung ohne Zwang auf dem Fuße der Gleichberechtigung mit Frankreich auszuhandeln, wird von der Presse lebhaft begrüßt. Die von der Regierung informierten französischen Pressevertreter erklären, daß die von Cuno geforderten Verhandlungen auf dem Fuße der Gleichberechtigung nach französischer Auffassung nicht möglich seien, weil man kein Vertrauen zu der deutschen Regierung haben könne. Cuno's Verleumdung, daß Deutschland erste Vorschläge für Reparationen und Sicherheit gemacht habe, sei unrichtig. „Gaulois“ und „Pigaro“ rufen Voltaire, daß er die Ranzlerrede durch doppelte Verantwortung einer Gewaltspolitik beantwortet durch.

22 Forderungen von den Franzosen befehlt.

Essen, 11. April. Bis zum 11. April sind von den Franzosen 22 Schachanlagen befehlt worden. (W. Z. B.)

Amerikanische Handelskammerdelegierte in Berlin.

Berlin, 11. April. Wie das „W. Z.“ erzählt, trifft heute früh eine aus zehn Mitgliedern bestehende amerikanische Abordnung des internationalen Handelskammer-Kongresses, der kürzlich in Rom tagte, hier ein. Die Delegierten wollen mit maßgebenden Finanz- und Industrieleuten zum Zwecke der Information über Deutschlands wirtschaftliche Lage Beratung nehmen.